

Beantwortung der Wahlprüfsteine des Bayerischen Hebammen Landesverband e.V. zur Landtagswahl 2023

Von Elisabeth Osiander, Kandidatin der Linken Partei, Wahlkreis Miesbach

Wir bedanken uns herzlich für ihr Interesse und haben folgende Nachfragen an Sie:

Wie kann aus Ihrer Sicht die Geburtshilfe sowie die Betreuung von Schwangeren und Wöchnerinnen als gesamtgesellschaftliche Aufgabe in der Gesundheitsversorgung in Bayern grundsätzlich besser abgebildet werden?

Ich möchte mich für die Fragen sehr herzlich bedanken. Da ich selbst Altenpflegerin bin, liegt mir das Thema Gesundheitsversorgung besonders am Herzen und nimmt einen wichtigen Raum in meinem Wahlkampf ein. Für die Pflege gilt ähnlich wie für die Geburtshilfe: Careberufe erhalten nicht die gesellschaftliche Anerkennung, die sie verdienen aufgrund der hohen Eigenverantwortung und der vielseitigen Ausbildung. Das ist auch der Grund, weshalb diese Berufe oft nicht so vergütet sind, wie es angemessen wäre.

Durch die zunehmende Profitmaximierung des Gesundheitssystems sind Bereiche wie die Geburtshilfe und Pädiatrie geschlossen worden, was den Druck auf die kommunalen und gemeinnützigen Kliniken massiv erhöht. Für uns gilt: Gesundheit ist keine Ware, Kliniken sind nicht dazu da, Gewinne für Investoren und Aktionäre zu erwirtschaften, da dies zwangsläufig auf Kosten der Patient*Innen geht.

Um diese Ziele zu erreichen bin ich in der Gewerkschaft ver.di im Fachbereich Gesundheit aktiv, und auch innerhalb der Partei bin ich mit anderen Pflegekräften und Menschen aus dem Gesundheitssystem organisiert, die sich für ein gemeinwohlbasiertes Gesundheitssystem einsetzen, das kirchliche Arbeitsrecht abschaffen und Careberufe in gesellschaftlicher Stellung und Bezahlung aufwerten wollen. Wir kämpfen für einen Personalschlüssel, der es ermöglicht die Arbeit nach den geltenden Standards auszuführen, ohne permanent Abstriche in der Qualität machen zu müssen, für Arbeitsbedingungen, unter denen wir nicht kaputtgehen und nicht ausbrennen, sondern unseren Berufen gerne und so lange wie möglich nachgehen.

Ich hoffe, ich konnte Ihre Fragen hiermit beantworten. Für Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung.

Welche der folgenden Forderungen/Maßnahmen unterstützen Sie persönlich und würden sich für deren Umsetzung im Rahmen ihres Mandats in der nächsten Wahlperiode einsetzen?

I) Zentralisierung stoppen - Hebammenhilfe in die Grundversorgung

- Ausbau und Förderung der hebammengeleiteten Geburtshilfe
- Förderprogramm für die Gründung von Geburtshäusern
- Verkürzung der vorgegebenen Anfahrtszeit zur Geburtshilfe auf 30 Minuten :
- Bessere Verzahnung von Klinik und Außerklinik

Kommentare zu diesem Themenblock:

Wir fordern eine wohnortnahe Versorgung mit Geburtsstationen und Geburtshäusern. Durch die Profitlogik im Gesundheitssystem mussten viele Geburtsstationen geschlossen werden, weil sie für Klinikkonzerne unrentabel sind. Dieser Versorgungsabbau muss unbedingt rückgängig gemacht

werden, denn Geburtsversorgung gehört zur Daseinsvorsorge und darf nicht der Profitmaximierung zum Opfer fallen.

II) Krankenhausreform

Einsatz für die Umsetzung zentraler Punkte in der Krankenhausreform für eine gute Weiterentwicklung der Geburtshilfe im klinischen Bereich nach aktuellen Standards:

- Für den flächendeckenden Erhalt von ärztlich geleiteten geburtshilflichen Abteilungen.
- Für die Umsetzung der 1-zu-1-Betreuung unter der Geburt
- Für eine klare Verankerung der hebammengeleiteten Geburt in der Krankenhausstruktur
- Für die Anpassung von Vorhaltekosten und DRGs, um Fehlanreize hin zu nicht medizinisch notwendigen Interventionen zu korrigieren und so die physiologische Geburt zu fördern
- Für den Einbezug der Hebammenexpertise in die Ausgestaltung der geburtshilflichen Leistungsgruppe(n)

Kommentare zu diesem Themenblock:

Als Partei DIE LINKE fordern wir, wie auch die Gewerkschaft ver.di, die DRGs komplett abzuschaffen und nicht nur teilweise, wie es die aktuelle Krankenhausreform vorsieht. Für mich gilt hier ganz klar das Prinzip Menschen vor Profit, eine Geburt ist nicht zeitlich planbar und die Gebärende soll die Versorgung bekommen, die sie benötigt und die Zeit dafür, die erforderlich ist. Medizinische Eingriffe, die ausgeführt werden und Gewinne für die Klinik zu erzielen, wie etwa Kaiserschnitte, die nicht medizinisch indiziert sind oder explizit gewünscht werden, lehnen wir ab. Die Wünsche und Bedürfnisse der Gebärenden müssen im Vordergrund stehen.

Wenn es im Zuge der Krankenhausreform nicht vollumfänglich gelingt die hebammengeleitete und ärztlich geleitete Geburtshilfe auskömmlich und unter sinnvollen Anreizen zu organisieren und zu finanzieren brauchen wir mutige, weise und nachhaltige Entscheidungen auf **Landesebene**.

- Förderprogramm für die flächendeckende Etablierung und Verstetigung von hebammengeleiteten Kreißsälen (auch im Hebammen-Belegschaftssystem)
- Konzept für den flächendeckenden Erhalt von ärztlich geleiteten und hebammengeleiteten geburtshilflichen Abteilungen. Die Schließung weiterer Kreißsäle und Geburtsstationen kann von den verbleibenden Kliniken nicht mehr aufgefangen werden.

Kommentare zu diesem Themenblock:

Als Partei DIE LINKE kritisieren wir die Krankenhausreform von Minister Lauterbach, wir fordern den Erhalt der Kliniken im ländlichen Raum, da eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung absolut essentiell ist. Und dazu gehört insbesondere die Geburtshilfe, denn Kinder kommen eben nicht nur in Ballungsräumen zur Welt und für werdende Mütter ist eine wohnortnahe Versorgung wichtig. Wir fordern ein Landesprogramm „gesundheitliche Versorgung im ländlichen Raum“, welches auch das Thema Geburtshilfe beinhaltet und den Erhalt von Kreißsälen sicherstellt.

III) Stärkung der akademischen Hebammenausbildung und Qualitätssicherung in Studiengängen zur Hebamme

- Ausbau personellen Ressourcen, um bessere Bedingungen im Bereich Lehre und Forschung zu erreichen
 - a) Entlastung der Studiengangsleitungen durch Reduzierung des Lehrdeputats auf 9 SWS
 - b) Mindestens 8 Vollzeitstellen für Lehre/Verwaltung und 3 Professuren pro Studiengang
- Ausbau der finanziellen Ressourcen:
 - a) Ergänzung des § 7 AVBayHiG um ein zweckgebundenes DeputatsBudget für die primärqualifizierenden Gesundheitswissenschaften
 - b) Finanzielle Unterstützung für die Einrichtung von Simulationslaboratorien
- Sicherung von ausreichend Personal für Lehre und Studiengangsleitungen (§20 HebG)
- Langfristige Sicherung der Attraktivität der Studiengänge für Studieninteressierte (inkl. Masterstudiengänge und Promotion, Stipendien)
- Sicherung der berufspraktischen Ausbildung der Studierenden

Kommentare zu diesem Themenblock:

Wie auch in der Pflege die Ausbildung schon ein erster wichtiger Schritt, um die Attraktivität in dem Beruf zu erhöhen. Wir fordern daher, eine qualifizierte, vollständig akademisierte Ausbildung sicherzustellen.

IV) Haftpflichtversicherung für Hebammen:- Einrichtung eines staatlichen Härtefallfonds für „Überlimitschäden“

- Deckelung der Haftpflichtsumme auf bis zu 12.5 Mio Euro
- Einrichtung eines staatlichen Härtefallfonds für Überlimitschäden
- Befreiung der Hebammen-Berufshaftpflichtversicherung von der Versicherungssteuer

Kommentare zu diesem Themenblock:

Wir fordern die Einrichtung eines Haftpflichtfonds für ambulant arbeitende Hebammen, sodass diese besser abgesichert sind.

V.) Angemessene Vergütung/ Verbindlicher Personalschlüssel /Harmonisierung des Tarifsystems

- Die Einführung eines bundesweit verpflichtenden Personalbemessungsinstrumentes, das eine Eins-zu-Eins Betreuung unter der Geburt sicherstellt.
- 2. Eine angemessene Vergütung des voll akademisierten Hebammenberufes über eine Tariftabelle, die auf das Tätigkeitsprofil von Hebammen passt.

Kommentare zu diesem Themenblock:

Als aktives Mitglied der Gewerkschaft ver.di und der Mitarbeitervertretung in meiner Einrichtung liegt mir die Tarifbindung in allen Gesundheitsberufen besonders am Herzen. Es darf keinen Unterschied machen, ob jemand in einer privaten Einrichtung oder bei einem kommunalen, kirchlichen oder anderen Träger beschäftigt ist. Für uns als feministische Partei ist es ein wichtiges Ziel, das typische Frauenberufe gesellschaftlich besser anerkannt und höher vergütet werden. Denn gerade durch die

schlechtere Bezahlung von Care- Arbeit und Gesundheitsberufen, entsteht der Gender- Pay- Gap, den es aufzuheben gilt. Ein wichtiger Schritt hierbei ist die Akademisierung des Hebammenberufes, diese Wertigkeit muss sich auch in der Vergütung widerspiegeln.

VI.) KI Künstliche Intelligenz – ein NO GO in der Geburtshilfe

- Ein klares Nein der politischen Verantwortungsträger zur Entwicklung und zum Einsatz von KI in der Geburtshilfe

Kommentare zu diesem Themenblock:

Die Vorstellung, durch technische Innovationen dem Personalmangel im Gesundheits- und Pflegesektor zu begegnen, betrachte ich sehr kritisch. Gerade in diesen Bereichen sind Menschen, die Empathie zeigen, unersetzlich. Leider kenne ich mich in Ihrer Berufswelt zu wenig aus, um beurteilen zu können, welche Einsatzmöglichkeiten der KI hier in der Diskussion stehen, deshalb kann ich hierzu leider keine differenzierte Aussage treffen.